

Brief an meinen Abgeordneten

(28.10.1980)

Herrn
Freimut Duve, MdB
Bundeshaus

5300 Bonn

Lieber Freimut Duve,

herzlichen Glückwunsch zur Direktwahl in den Bundestag. Als Bewohner des Wahlkreises Hamburg-Mitte habe ich für Dich und Deine Partei gestimmt und nun das irgendwie positive staatsbürgerliche Gefühl, daß ein Mann meiner Wahl im Bonner Parlament sitzt. Daher möchte ich nicht versäumen, zum Beginn dieser Legislaturperiode Dir einige generelle Überlegungen nebst politischer Folgerungen mit auf den Weg zu geben.

Die Bundestagswahl 1980 hatte zwei allgemein bemerkte Resultate: Erstens ist die FDP über die 10%-Marke gelangt und die SPD wieder nicht über 43% Stimmenanteil hinausgekommen. Nur die 72er Willy-Wahl brachte fast 46%, die absolute Mehrheit also immerhin in Sichtweite. Aber dieses Resultat verdankte sich dem Zusammenwirken von außerparlamentarischer Reformbewegung mit sozial-liberaler Reformpolitik der Brandt/Scheel-Regierung. Ein ernsthafter Versuch also, die absolute SPD-Mehrheit zu erreichen, kann nur als konzertierte Aktion von Fraktion und neuer außerparlamentarischer Reformbewegung mit Aussicht auf Erfolg unternommen werden.

Das Kapital hat, sagt Marx, eine propagandistische Tendenz. Meine Überlegungen gehen davon aus, daß dieser Satz ein Naturgesetz der Geschichte bezeichnet und unbedingt richtig ist. Mit anderen Worten sagt der Satz, daß der Kapitalismus sich durchsetzender Kapitalismus ist, solange er überhaupt existiert. Selbst in der sozialwissenschaftlichen Literatur dämmert inzwischen die Einsicht auf, daß der Löwenanteil der Politik am Staat vorbei, von Individuen und Korporationen, gemacht wird, das Staatsvolumen ähnlich dem Geldvolumen pulsiert oder inflationiert, aber nicht folgenlos ständig wächst, und schließlich, daß der westdeutsche Kapitalismus kein Spät- oder gar staatsmonopolistischer Kapitalismus ist, sondern ein entwicklungsgehemmter Frühkapitalismus.

Diese theoretische Grundannahme, in eine politische Prognose gewendet, bedeutet, daß der Liberalismus die Initiative mindestens für den Rest des 20. Jahrhunderts behalten wird. Jede Partei, die fürderhin die Interessen der proletarischen Bevölkerungsklasse vertreten will, muß folglich ihre kurz- und langfristige Politik grundlegend liberalisieren, d.h. eine programmatische Wende von Godesberger Ausmaßen vollziehen. Die Gefahr, daß 1984 ein Bürgerblock, der sich auf ein liberalistisches Minimalprogramm geeinigt hat, den Bund regiert, erscheint mir ziemlich groß. Einen Bürgerblock verhindern kann nur programmatischer Immobilismus der CDU/CSU oder programmatisch-liberaler Mobilismus der SPD.

Der Marxismus ist streng durchgeführter, illusionslöser Liberalismus. Die produktionsmittellose Bevölkerungsmehrheit erobert die ihr zustehende Macht im Staate weder durch bloßparteipolitische Aktivitäten noch durch reine Basis-Aktionen. Dazu ist erforderlich, eine anti-etatistische SPD-Politik mit einer proletarisch-liberalen Volksbewegung zu kombinieren. Eine Bewegung im Volk bekommt man nur durch populäre Forderungen, die zugleich historisch notwendige, also liberale Forderungen sind: 1. Subventionsverbot, 2. Monopolverbot, 3. Privilegienverbot.

Im Blickwinkel dieser Verbotsforderungen, die über den Geist der Französischen Revolution nicht hinausgehen, sind die Gewinne der FDP in der Bundestagswahl 1980 ein Sieg des Lügen-Liberalismus, welcher der erste und unmittelbare Gegner jeder wahrhaft liberalen Bewegung sein muß: Lambsdorff (Minister für Industrie-Subventionen und Elektrizitätsversorgungsmonopole), Ertl (Minister für LandwirtschaftsSubvention und bäuerliches Garantiepreis-Privileg), Baum (Minister für Beamten-Privilegien).

Liberaler Wendung proletarischer Politik heißt, die Illusion aufzugeben, im Kapitalismus wäre Vollbeschäftigungspolitik möglich oder wünschenswert. Liberaler Wendung heißt, die gesamte Sozialpolitik auf ihren harten Kern zu beschränken: den Unterhalt der industriellen Reservearmee. Staatsbürgern, die produktionsmittellos, arbeitslos und einkommenslos sind, muß durch die Staatsgewalt ein Einkommen verschafft werden, weil, wie Hegel sagt, Eigentum die äußere Sphäre der Freiheit der Person ist. Ohne Einkommensgarantie für jeden Bürger verschwindet die Rechtsstaatlichkeit der Demokratie; andererseits wird die Einkommensgarantie durch die Garantieeinkommen der Privilegienbesitzer finanziell unterhöhlt. Beschäftigungsprogramme führen statt zur Einkommensgarantie für Arbeitslose eher zu Garantieeinkommen für Arbeitgeber, sollten daher unter das Subventionsverbot fallen..

Alles, was bislang unter Nord-Süd-Konflikt gehandelt und als Entwicklungshilfe gezahlt wird, sollten linke Politiker sofort vergessen. Bei der Entwicklungshilfe handelt es sich zu zwei Dritteln um Garantieeinkommen der deutschen Exportwirtschaft, mindestens dieser Teil fällt unter Subventionsverbot. Die einzige, mit liberalen Prinzipien vereinbare Entwicklungshilfe ist der Kapitalexport. Übrigens: die Plutoniumwirtschaft ist auch nur durch ein striktes Subventionsverbot zu stoppen.

Die Ausländerpolitik der Bundesrepublik ist völlig verfahren. Die Umkehr aus dieser Sackgasse erfordert zwei Schritte: 1. Einstellungsverbot und 2. Beschäftigungsverbot für ausländische Arbeitskräfte spätestens zwei Jahre nach Inkrafttreten des Einstellungsverbotes.

Die Volksstimmung, heißt es, sei zur Zeit ausländerfeindlich, die Linke gibt sich ausländerfreundlich. Der Import ausländischer Arbeitskräfte ist in der ökonomischen Wirkung ein Angriff auf die inländischen Arbeitnehmer und insbesondere die Arbeitslosen. Die Importerlaubnis bedeutet Lohnsubvention für die miesen Klitschen, zementiert die sozialen Hierarchien und verdirbt den deutschen Volkscharakter, wenn Ausländern die eigene Schmutzarbeit vorbehalten bleibt. Billige Arbeitskraftimporte bremsen den technischen Fortschritt wie die soziale Umschichtung, weil Schmutz- und Primitivarbeiter nicht überdurchschnittlich bezahlt werden müssen und deshalb auch nicht von Maschinen verdrängt werden können.

Die Ausländerfrage wird zur existenziellen Bedrohung der politischen Kultur in Deutschland werden, wenn die derzeit von den Sozialliberalen propagierte Integrationspolitik verwirklicht werden sollte. Die Integration fremdstämmiger Ausländer erzeugt den Rassismus, und zwar als Massenbewegung. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Schon heute verwandeln sich relevante Teile der industriellen Reservearmee in rechtsextremistische Sturmtruppen. Das Ideal der Integrationspolitik, der hier geborene Türke mit deutscher Staatsbürgerschaft, Bildung und Mentalität, wird den Rassismus herbeizwingen, als letzte noch mögliche Form der Abgrenzung. Wer aus Auschwitz nichts gelernt hat, ist dazu verurteilt, es zu wiederholen.

Die Geschichte, lieber Freimut Duve, kennt keine mildernden Umstände. Nichts gewußt zu haben, nützt einem nichts.

Mit freundlichen Grüßen

(Oberlercher)



Oberl